Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Kraepelin. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2[illegible].

...perten durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.20 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich ...ark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.40 Mark, monatlich 5.80 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8obengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gedrängt nicht garantiert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 137. Mittwoch, den 15. Juni 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in Abwesenheit des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau mit den Wiesbadener Verhandlungen über die Wiederaufbauanleihe.

Der oberste Rat wird auf Ersuchen Loucheurs wahrscheinlich Rathenau einladen, seine Pläne persönlich oder durch einen Vertreter in der nächsten Sitzung des obersten Rates zu erläutern.

Aus Paris wird gemeldet: Die Interpellation Dublantier über die Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher fordert auch die Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers.

Das Repräsentantenhaus hat am Montag die Porterische Resolution, die die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vorsieht, angenommen.

Im Unterhaus wurde mitgeteilt, bis zum 11. d. seien unter dem deutschen Reparationsgesetz 48000 Pfund Sterling eingegangen.

Die Wiesbadener Besprechungen.

Nv. Die Besprechungen zwischen dem französischen und dem deutschen Wiederaufbauminister in Wiesbaden sind zu einem ersten Abschluß gelangt. Ein großes positives politisches Ergebnis kann natürlich nach solcher ersten Aussprache noch nicht vorliegen, dazu ist das Problem des Wiederaufbaus viel zu groß, und dazu war die Zeit, die für diese Besprechungen zur Verfügung stand, viel zu kurz. Im besonderen hat man sich mit den Einzelfragen noch nicht befassen können, sondern es sind nur die Grundzüge des Wiederaufbaus zwischen Rathenau und Loucheur zur Besprechung gelangt. Die weiteren Verhandlungen werden sich in Paris abspielen und zwar zwischen den Experten des Ministers Loucheur und den Vertretern der deutschen Reparationslastenkommission, an deren Spitze Staatssekretär Bergmann steht, der als genauer Kenner aller Reparationsfragen auch in Paris Ansehen genießt. Die deutsche amtliche Berichterstattung über die Wiesbadener Verhandlungen war keineswegs glücklich, auch das, was veröffentlicht worden ist, war mehr als dürftig und die französische Presse hat sich gezwungen gesehen, aus den zahlreichen Meldungen der Pariser Presse das herauszufischen, was der Wahrheit am nächsten stand. Ein solcher Zustand ist natürlich nicht besonders erfreulich, und es ist dringend zu hoffen, daß die Regie das nächstemal besser klappt. Minister Rathenau hat in Paris vorerst eine gute Presse gefunden, und von den Korrespondenten wird allgemein berichtet, daß ein großer Schritt nach vorwärts getan sei. Die Notwendigkeit einer direkten Aussprache zwischen dem Hauptschuldner und dem Hauptgläubiger war gegeben. Auf diesem Wege wird es vielleicht gelingen, an der Entgiftung der politischen Atmosphäre weiter zu arbeiten. Ein allzu großer Optimismus ist aber auch jetzt noch nicht angebracht, denn die große Aufgabe steht noch bevor, die deutschen und französischen Interessengegensätze auszugleichen. Diese Gegensätze bestehen besonders in der Frage der Sachleistungen. Hier muß ein Weg gefunden werden, um beiden Teilen gerecht zu werden. Immerhin beachtenswert ist der französische Plan, den Loucheur zum Ausdruck gebracht haben soll und der darin besteht, daß die deutschen Sachleistungen als Vorschüsse auf die künftigen Annuitäten in Anrechnung gebracht werden sollen. Die ersten Fäden einer direkten Verständigung sind gesponnen. Rathenau hat seinen guten Willen gezeigt, es kommt jetzt aber darauf an, daß man auch in Frankreich ernstlich bemüht ist, den Wiederaufbau mit deutscher Hilfe in verstärktem Maße und in schnellerem Tempo zu bewerkstelligen.

•

Kommerzienrat Guggenheimers ehrenamtlicher Ausbaukommissar.

Halbamtlich wird berichtet: Der Präsident der Reichs-Rücklieferungskommission, Kommerzienrat Dr. Julius Guggenheimer, ist vom Reichspräsidenten bis auf weiteres mit der auftragsweisen Wahrnehmung der Geschäfte der Reichskommission zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten im Ehrenamt betraut worden.

Energischer Protest der Presse.

Die Vertreter der Berliner Presse und die Berliner Vertreter der Provinzpresse haben gegen das Verhalten der zuständigen Stellen anläßlich der Konferenzen zwischen Rathenau und Loucheur den schärfsten Widerspruch erhoben. Es wurde mit dem Abbruch der Beziehungen der Presse zur Regierung gedroht. An den Reichskanzler ist ein Telegramm gegangen.

Günstige Ernteaussichten.

Das Reichsernährungsministerium hat auf mündliche Anfragen erklärt: Soweit es sich übersehen läßt, dürfte in diesem Jahre eine günstige Ernte zu erwarten sein, eine Ernte jedenfalls, die um vieles besser ist als die vorjährige. Besonders gilt dies vom Brotgetreide. Man kann die Ernte als gute Mittelernte bezeichnen. Am Schluß dieses Erntejahres werden zum ersten Male wieder Bestände aus der vorigen Ernte vorhanden sein. Die Folgen dieser Situation zeigen sich in dem Wegfall der Frühdruschprämie, wie sie unter dem Druck der Verhältnisse bis zum letzten Jahre an die Landwirte gezahlt wurde. Durch den Fortfall dieser Prämie werden große Summen für das Reich gespart. Durch das Umlageverfahren hofft man nicht nur der Preistreiberei zu steuern sondern auch den Schleichhandel mit Mehl zu unterbinden. Für die Bevölkerung kommen diese Verhältnisse besonders dadurch zum Ausdruck, daß jeder in der Lage sein wird, sich außer seiner Brotration, die der bisherigen gleichbleiben soll, noch Mehl im freien Handel zu beschaffen. Im Zusammenhang damit ist es nötig, die Gründe zu erörtern, die in kurzer Zeit zu einer Erhöhung des Brotpreises führen werden. Die Reichsregierung hat bis jetzt große Summen für die von ihr in die Wege geleitete Verbilligungsaktion hergegeben. Man ist sich nun darüber einig, daß mit einem allgemeinen Abbau der Verbilligungsaktion begonnen werden müsse, um wieder zu einer gesunden Wirtschaft zu kommen. Die beteiligten Stellen beraten gegenwärtig über die Höhe der Summe, die im Etat zur Verbilligung des Brotpreises gestrichen werden soll. Von der Höhe dieser gestrichenen Zuschüsse wird es abhängen, in welchem Maße der Brotpreis gesteigert werden muß. Der Termin der Erhöhung dürfte nicht allzu lange auf sich warten lassen. Günstig auf die Getreide-Ernte dürfte auch diesmal das Ergebnis des Obstbaues sein. Die Verhältnisse liegen heute so, daß vielfach ein Ueberangebot an Obst vorhanden ist.

Bayern nach dem Mord.

Eine amtliche Erklärung.

Amtlich wird aus München gemeldet: Die auswärtige Presse, namentlich die linksradikalen Berliner Zeitungen, sind voll von falschen Nachrichten mit tendenziösen Darstellungen von der Lage in Bayern. Demgegenüber sei tatsachenmäßig festgestellt, daß über die Person des Mörders des Abg. Gareis trotz der eifrigsten Bemühungen der Polizei noch gar nichts festgestellt ist. Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Mörder in der Person eines Fanatikers der Rechten zu suchen sei. Die politische Ausmünzung des Verbrechens ist deshalb gleichermaßen unwürdig und gewissenlos. Trotz des Beschlusses, heißt es in der Erklärung weiter, den allgemeinen Streik auch auf die lebenswichtigen Betriebe auszudehnen, wird in fast allen Betrieben gearbeitet. Die meisten Betriebe erklärten die am Montag nicht zur Arbeit erschienenen Arbeiter als entlassen. Durch die ganze Aktion seien Schwierigkeiten für die Entwaffnungsaktion entstanden. Trotz des guten Willens der Einwohnerwehrleitungen sei der Fortgang der Entwaffnung ungemein erschwert, da die Einwohnerwehrangehörigen sich in Anbetracht der Stimmung nur schwer entschließen könnten, ihre Waffen abzugeben. Es wäre beklagenswert, wenn dadurch die Frist zur Abgabe der Waffen nicht eingehalten werden könnte. Die Regierung hat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit getroffen. Demonstrationsversammlungen und Demonstrationszüge zur politischen Ausmünzung des Mordes sind verboten. — Im übrigen ist der Generalstreik auch von der Streikleitung am Montag bereits abgesagt.

•

Als Nachfolger für den ermordeten Gareis kommt im bayrischen Landtage auf der unabhängigen Liste Ernst Toller in Frage, der sich zurzeit in Niederschönenfeld in Festungshaft befindet; er hat bereits zwei Jahre von seiner fünfjährigen Festungsstrafe verbüßt.

Ende des Münchner Generalstreiks.

Gestern früh sind sämtliche Tageszeitungen wieder erschienen, die in umfangreichen Aufsätzen den Generalstreik würdigen. Der bayrische Kurier überschreibt seinen Artikel: Das Ende eines unseligen Streikes — und spricht von einer schweren taktischen Niederlage der mehrheitssozialistischen Führer, die heute weiter von ihrem Ziele entfernt seien als je. Das Blatt tritt für die Schaffung einer Organisation ein, die automatisch den Bürgerstreik einschaltet, wenn wieder in so mutwilliger Weise aus rein politischen Gründen Generalstreik ausgerufen werde. Die Arbeit wurde gestern überall wieder aufgenommen.

Die Entente bricht die Säuberungsaktion ab.

Der Bankerott der interalliierten Kommission.

Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederschlagung des Aufstandes die durch ihn befreiten und geschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Insurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes von selbst auflöst. Die Bevölkerung kann sich den von ihr selbst geschaffenen Schutz nicht nehmen lassen, denn sie durch Taten der Kommission eine Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten hat.

Noch keine Nachrichten vom englischen Vormarsch.

Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und dem 12er Ausschuß, die sich am Montag bis in die späten Abendstunden hinzogen, wurden gestern vormittag weitergeführt. Ueber den englischen Vormarsch, der Montag beginnen sollte, liegen immer noch keine Berichte vor.

Der Säuberungsplan.

Daily Chronicle meldet aus Großstrehlitz die Verlegung des britischen Hauptquartiers von Oppeln nach Großstrehlitz und die Zusammenziehung der Truppen bilden den ersten Teil des neuen Programms. Den Rebellen ist mitgeteilt worden, daß sie sich bis Dienstag auf eine bestimmte Linie zurückziehen müssen, bis zu der die alliierten Truppen dann später vorrücken. Durch solche Bewegungen hofft man die Provinz bis zum 22. Juni von den Insurgenten zu säubern. Der Berichterstatter des Daily Chronicle erklärt jedoch, wenn die Polen das Industriegebiet, über das sie augenblicklich herrschen, kampflos oder ohne Rache und Zerstörung aufgeben sollten, müßten sie eine Zurückhaltung und eine Disziplin an den Tag legen, die sie bisher wenig bewiesen haben.

Ruhe vor dem Sturm.

Daily Telegraph zufolge sieht man in englischen Kreisen die Lage in Oberschlesien keineswegs zuversichtlich an. Von mancher Seite wird sogar vermutet, daß die augenblickliche Stille in Oberschlesien die Ruhe vor dem Sturm ist.

Neue polnische Angriffe.

Die Breslauer Volksztg. meldet: Die Polen greifen wieder mit Verstärkungen an. In Groß-Strehlitz ist der Selbstschutz aus acht deutschen Gemeinden eingetroffen, die den Insurgenten überlassen werden mußten.

Die Times melden aus Oppeln: General Henneker sei willens, bei Fortdauer des jetzigen Zustandes seine Abberufung aus Oberschlesien von dem englischen Kabinett zu verlangen. Jedes Vorgehen der Engländer wird durch sofortige Gegenbefehle der Interalliierten Kommission aufgehalten.

Erkrankung General Berends.

Der Baseler Anzeiger meldet aus Oppeln: Die polnische Grenze gegen Oberschlesien ist wieder geöffnet. Es findet ein fortgesetzter Verkehr entgegen dem Verbot der Interalliierten Kommission statt. In der Interalliierten Kommission sind entscheidende Beschlüsse wegen einer Erkrankung General Berends vertagt.

Wieder eine französische Verständigung mit den Polen.

Die Times berichten, daß am 11. Juni Korfanty mit dem französischen General Gratier eine Unterredung hatte. Es sei vereinbart worden, daß die Polen am 14. Juni das Gebiet von Gleiwitz räumen, während die Deutschen am 15. Juni Annaberg verlassen und sich über die Oder zurückziehen sollen. (!) Die Insurgenten würden ihre Rückzugsbewegung fortsetzen, wenn die Interalliierte Kommission eine Amnestie für alle am Aufruhr Beteiligten erlasse. Ferner sollen die deutschen Truppen bis zum 22. Juni aufgelöst werden, mit Ausnahme der Polizei in den Städten.

Das neue Reichsmietengesetz.

Rfß. Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Entwurf eines Reichsmietengesetzes, der dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegt war, ist von diesen Körperschaften einer eingehenden Beratung unterzogen und in verschiedenen wichtigen Punkten geändert worden. Zurzeit liegt der Entwurf dem Reichstag vor. Eine einheitliche Regelung der Berechnung der Mieten für das Reich hat sich als dringend notwendig erwiesen, umsomehr, als die Steigerung der Mieten in verschiedenen Teilen Deutschlands außerordentliche Unterschiede aufweist. Hier soll das neue Gesetz durch feste Richtlinien ein einheitliches Recht schaffen. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird grundsätzlich beibehalten. Es soll verhindert werden, daß durch eine unbillige Erhöhung der Mieten eine starke Belastung der Mieterschaft herbeigeführt wird. Gleichzeitig soll verhindert werden, daß durch übermäßige Steigerung der Mieten der Wert der Grundstücke ebenfalls in nicht gerechtfertigter Weise sich erhöht, und daß dadurch auch in Zeiten sinkender Preise und billigerer Lebenshaltung ungewöhnlich hohe Grundstückspreise und Mieten bestehen bleiben. Der Entwurf gibt die Möglichkeit, an Stelle der vertraglich vereinbarten Miete eine gesetzliche Miete zu setzen. Sowohl der Vermieter wie der Mieter kann jederzeit verlangen, daß die gesetzliche Miete von einem im Gesetz näher bestimmten Zeitpunkt ab an die Stelle der vertraglichen Miete treten soll. Auch die Gemeindebehörde hat das Recht, eine Nachprüfung von Mietzinsvereinbarungen durch das Einigungsamt herbeizuführen. Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundsatz maßgebend, daß eine Steigerung der bisherigen Mieten nur insoweit zugelassen werden soll, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Betriebs- und Instandsetzungskosten erforderlich